

# Festschrift 25 Jahre Betreute Startwohnungen



## Armut, Energieverwendung und ...

In Österreich sind ca. 1,4 Millionen Menschen armutsgefährdet. 17 % davon oder rund 237.000 Personen sind nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen zu heizen.

Diese Situation wird mit dem Begriff "Fuel Poverty" umschrieben. Bei den derzeit steigenden Energiepreisen ist davon auszugehen, dass immer mehr Haushalte unter der gegenwärtigen Situation leiden. Es sind daher dringend Handlungsstrategien zu entwickeln, um die Grundversorgung mit – und eine wirtschaftliche Nutzung von – Energie zu ermöglichen. Mehr Hilfe zur Selbsthilfe ist gefordert.

Seit einigen Jahren geistert im deutschen Sprachraum der englische Begriff "Fuel Poverty" herum. Zwar gibt es derzeit noch keine adäquate Definition für österreichische Verhältnisse, aber im Allgemeinen wird darunter verstanden, dass Haushalte, die mehr als 10% des Haushaltseinkommens für Energie aufwenden müssen, unter "Fuel Poverty" leiden.

Dieser Anteil ist rasch erreicht, wenn man bedenkt, dass sozial schwache Personen zum einen oft in Gebäuden leben, die in schlechtem thermischen Zustand sind, sich oft keine effizienten Geräte (Kühlschrank, Waschmaschine usw.) leisten können, und zum anderen aufgrund von Beschäftigungslosigkeit ihre Wohnung stärker nutzen, was wiederum den Energieverbrauch erhöht.

Während in Großbritannien und Irland die Thematik der Energiearmut sowohl politisch als auch in der Sozialforschung stark verankert und etabliert ist und es spezifische Programme gibt, die über Heizkostenzuschüsse weit hinaus gehen, steht man in Österreich noch am Anfang. Lange verharrte man in einer Energiepolitik, deren Ziel nicht die Verminderung der Energienachfrage, sondern der Ersatz fossiler Energie durch erneuerbare Energieträger war. Der Einsatz erneuerbarer Energie wurde politisch als wichtiger erachtet, als der effiziente Einsatz von jeglicher Form von Energie (also z. B. auch Öl und Gas in effizient(er)en Heizungen).

Die Reduktion der Energienachfrage hatte dadurch weniger öffentliche Bedeutung und ist nicht so stark im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Ratschläge, wie zum Beispiel bei hohen Brennstoffkosten (z.B. bei Ölheizungen) zu Pellets zu wechseln, oder die Stromkosten durch die Installation einer Photovoltaikanlage zu reduzieren, erscheinen jedoch bei Personen, denen das Kapital für solche Investitionen schlichtweg fehlt, als wenig sinnvoll.

Die generellen Rahmenbedingungen für Energieeffizienz haben sich in den letzten Jahren geändert. Von Seiten der EU wurden aus Gründen der Versorgungssicherheit zahlreiche Maßnahmen wie das vieldiskutierte "Verbot" der Glühbirne gesetzt. Weiters wurde die Leistungsaufnahme (W) von Akkus und des Stand-by-Modus von elektronischen Geräten (auf einen sehr niedrigen Wert) geregelt. Auch die Energieeffizienz bei Kaffeemaschinen ist mittlerweile zum Thema geworden.

Obwohl der gesetzliche Rahmen für den sparsamen, effizienten Umgang mit Energie in den Haushalten somit besser wird, bedeutet das jedoch keine Verbesserung bei den von Energiearmut betroffenen Haushalten. Laut britischen Daten hat sich die Anzahl der von Fuel Poverty betroffenen Haushalte in den letzten zwei Jahren sogar um 10% erhöht.

Es stellt sich somit die Frage, wie diesen Haushalten geholfen werden kann?

Der klassische österreichische Weg auf diesem Gebiet war in den letzten Jahren die Gewährung eines Heizkostenzuschusses, der zwar half, die finanzielle Belastung zu minimieren, jedoch kein Beitrag war, den Energieverbrauch zu reduzieren. Diesen Zuschuss könnte man deshalb auch zynisch als "subventioniertes CO2" bezeichnen – eine Änderung des Energieverbrauchs wird sich dadurch nicht ergeben.

Die Frage ist, welche Maßnahmen gesetzt werden können, um nachhaltig Hilfestellung zu geben? Hierbei geht es um kurzfristige Low-Cost-Maßnahmen, die sofort und langfristig wirken, also nicht eine jährliche Zuwendung von Mittel bedeuten wie der Heizkostenzuschuss. Erfahrungen zeigen, dass die Vor-Ort- Beratung der beste Weg ist, um auf die jeweilige spezifische Problematik eingehen zu können.

Die Beratenden müssen dabei neben ihrem fachlichen Wissen - über eine ausgeprägte Sozialkompetenz verfügen. Die Schwierigkeit besteht darin, Personen überhaupt dazu zu bewegen, eine (kostenlose) Energieberatung vor Ort anzunehmen und auch die eine oder andere Nutzungsgewohnheit zu ändern. Hier bedarf es des Engagements, Wissens und der Kooperation der damit befassten Sozialeinrichtungen sowie der Energieversorgungsunternehmen, diese Personengruppen auf vorhandene Angebote aufmerksam zu machen, eine Beratung zu organisieren bzw. die eine oder andere Maßnahme selbst durchzuführen.

### ... Nachhaltigkeit

In einem vom österreichischen Klimafonds geförderten Projekt werden derzeit Informationen aufbereitet, die Sozialeinrichtungen helfen sollen, im Rahmen ihrer KlientInnenkontakte das Thema Energieeffizienz und Energiesparen stärker zu berücksichtigen. Während bei der klassischen Energieberatung derzeit das Berechnen eines Energieausweises für "Häuslbauer" zum Standard gehört, ist im Beratungsfall Energiearmut von einer Vielzahl von kleinen, kostengünstigen Maßnahmen auszugehen, die in Summe eine relevante Energieeinsparung bringen sollen. Bewährt hat sich der Einsatz von "Energiespargoodies" wie Energiesparlampen, elektrische Wasserkocher, Hygrometer, Zeitschaltuhren, schaltbare Steckdosenleisten oder Fensterdichtungen, die im Rahmen einer Beratung ausgegeben werden. Durch solche Give-aways steigt einerseits die "Motivation", sich beraten zu lassen, andererseits helfen sie bereits mit, die Energiekosten zu senken.

"Kleinere" technische Maßnahmen wie die Wartung der Heizung, die optimale Einstellung der Heizung und Warmwassererzeugung, die fachgerechte Dichtung von Fenster, etc. bringen auch einiges. Eine kostenintensivere Energiesparmaßnahme ist der Ersatz bestehender Kühlschränke oder Waschmaschinen.

Gerade bei sozial schwachen Haushalten ist davon auszugehen, dass der Gerätebestand extrem veraltet ist und bei weitem nicht mehr dem heutigen Effizienzstandard entspricht. Kühlschränke sind z.B. seit Mitte der 90er Jahre um bis zu 80% effizienter geworden. Bei sozial schwächer gestellten Haushalten erfolgt die Anschaffung eines neuen Gerätes erst, wenn das alte kaputt ist - und selbst dann wird zumeist das billigste oder sogar ein gebrauchtes Gerät gekauft. Eine (finanzielle) Unterstützung beim Kauf kann hier eine nachhaltige Einsparung bringen.

Von Seiten der EU werden derzeit einige Vorgaben gemacht, um dem Thema Energiearmut mehr Gewicht zu geben. In zwei EU-Richtlinien wird vorgegeben, dass jedes Mitgliedsland Maßnahmen zur Reduktion der Energiearmut zu setzen hat. Auch wird gefordert, dass jedes EU-Mitgliedsland einen Aktionsplan zum Thema "Energiearmut" erstellen soll. Ob und wie weit Österreich diesbezüglich bereits Schritte gesetzt hat, ist nicht bekannt.

Was allerdings bekannt ist, ist wie andere Länder vorgehen. Ein Beispiel ist Belgien, das einen sehr radikalen Weg verfolgt: hier wird bei Zahlungsausfall die beziehbare Leistung beim Smart Meter (Stromzähler) begrenzt, sodass zwar noch Strom für die Beleuchtung, den Kühlschrank und den Fernseher zu Verfügung steht, jedoch das elektrische Heizen nicht mehr möglich ist. So wird zumindest die Grundversorgung mit Strom gesichert.

In Österreich stehen wir erst am Anfang der Diskussion. Noch ist es erforderlich, das Bewusstsein bei den relevanten AkteurInnen zu schaffen, um Lösungsstrategien zu entwickeln. Gleichzeitig ist jedoch darauf zu achten, dass bei den aktuellen Bemühungen zur Reduktion der Treibhausgase und der Erhöhung der Versorgungssicherheit nicht derart an der Preisschraube gedreht wird, dass Energiearmut für noch mehr Haushalte in Österreich ein reales Problem wird.

#### Dr. Georg Benke

Mitarbeiter & Gesellschafter von e7 Energie Markt Analyse GmbH

e7 bearbeitet derzeit im Auftrag der EU und des österreichischen Klimafonds zwei Fuel Poverty Projekte und kooperiert hier mit der Caritas und der Katholischen Sozialakademie.

#### Energieberatungen des Verbund Stromhilfefonds der Caritas

In der Caritas Österreich läuft seit November 2009 ein Projekt, das vom Verbund finanziert wird: der Verbund Stromhilfefonds.

Im Rahmen dieses Projektes können KlientInnen kostenlose Energieberatungen direkt in ihren Wohnungen vermittelt werden. In Wien werden die Energieberatungen von der Umweltberatung und der Arge Energieberatung durchgeführt. KlientInnen erhalten vor Ort Informationen zu ihrem Energieverbrauch und Energiespartipps. Darüber hinaus ist ein Tausch von alten Geräten, die ineffizient bzw. defekt sind, über den Stromhilfefonds möglich.

Auch für die KlientInnen der Betreuten Startwohnungen besteht diese Möglichkeit der Energieberatungen. Sinnvoll ist eine Energieberatung, wenn die BewohnerInnen schon einige Zeit in der Startwohnung wohnen und sich herausstellt, dass der Energieverbrauch sehr hoch ist, also z.B. viel höher als bei den früheren BewohnerInnen.

In diesem Fall kann eine Energieberatung ein sehr wichtiger Schritt sein, um sich bereits im Betreuten Wohnen näher mit dem eigenen Energieverbrauch auseinanderzusetzen und diesen gegebenenfalls durch die Umsetzung von Energiespartipps zu reduzieren. Es handelt sich dabei um ganz einfache Tipps, die keine größere finanzielle Investition benötigen.

Auf dieses erlernte Wissen kann dann auch in der darauffolgenden eigenen Wohnung zurückgegriffen werden, was angesichts des meist geringen Einkommens unserer Klientlnnen besonders wichtig erscheint.